

## **Nach der Direktive aus Brüssel: Was wird Europa in Nahost durchsetzen?**

**von Reiner Bernstein<sup>1</sup>**

Vergleicht man die Reflexe in Israel auf die Richtlinien der Europäischen Union vom 28. Juni zur Beendigung der Förderung israelischer Einrichtungen und Aktivitäten in den 1967 eroberten Gebieten mit der öffentlichen Aufregung früherer Jahre, fällt die relative Gelassenheit auf. Die großen Demonstrationen in Tel Aviv und auf dem Zionsplatz in Jerusalem, wo im Oktober 1995 in Anwesenheit des Oppositionsführers Benjamin Netanjahu zum Mord an Yitzhak Rabin aufgerufen wurde, sind ausgeblieben, obwohl die Sanktionen jeden Israeli belasten würden.

Kritische Kommentare in Israel fürchten einen „diplomatischen Tsunami“. Denn bei EU-Präsident Manuel Barroso sind die Telefonate, die sich wie üblich jede „Einmischung“ verbitten, auf taube Ohren gestoßen. Barack Obama soll Netanjahu lapidar zu Verhandlungen mit Machmud Abbas aufgefordert haben, nachdem die israelische Politik die ganze Welt zum Narren gehalten habe. Freilich mag man bezweifeln, ob die Einbeziehung der Golanhöhen in den Brüsseler Mechanismus zum gegenwärtigen Zeitpunkt politisch klug gewesen ist. Wer wäre auf syrischer Seite der Verhandlungspartner?

Dass sich die mediale Begleitung im Ausland in Grenzen hält, kann angesichts der unendlichen Geschichte des Konflikts niemand verwundern. In den 28 europäischen Hauptstädten hingegen werden die Leitlinien, die auf der Erklärung der EU-Außenministerkonferenz

---

<sup>1</sup> Abgeschlossen am 19. Juli 2013. Die Fortschreibung der Debatten um die „Guidelines“ ist in der Menüleiste „Genfer Initiative – Begleitende Dokumente“ nachlesbar. Dort befindet sich auch der Wortlaut der „Guidelines“.

vom 10. Dezember 2012 fußen, für Diskussionen sorgen. Denn wieder einmal stehen nationale Interessen und Parallelstrukturen in den Brüsseler Entscheidungsprozessen einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik im Wege.

So haben London und Berlin schon bestritten, Israel Schaden zufügen zu wollen. Obwohl es dem Zeitpunkt der Veröffentlichung kritisch gegenübersteht, dürfte die deutsche Regierung befürchten, dass Israel als Strafe deutsche und europäische Bankeinlagen einfriert, humanitäre und Entwicklungsprojekte in der Zone C der Westbank stoppt sowie die Arbeit der politischen Stiftungen kurzhält; „zufällig“ liegt ein entsprechender Entwurf zur Beratung in der Knesset.

#### Washingtons ehrgeizige Zielmarken

Wie jüngst in Amman vorgetragen, setzt John Kerry voll und ganz auf Verhandlungen ungeachtet der Tatsache, dass die Palästinenser quer durch alle gesellschaftlichen Schichten und politischen Kreise der unproduktiven Gespräche müde sind, während 61 Prozent der israelisch-jüdischen Bevölkerung zwar für die Zwei-Staaten-Lösung plädieren, aber im Verlauf der „Trennungsmauern“ die künftige Grenze sehen und 23 Prozent für einen gemeinsamen Staat plädieren, ohne der palästinensischen Bevölkerung volle staatsbürgerliche Rechte einräumen zu wollen.

Die Ergebnisse liegen ungeachtet seiner Bekenntnisse zur Zweistaatenregelung voll auf der Linie Netanjahus: Jede Vereinbarung müsse sich in einem Referendum bewähren. Während die Vorgespräche in der kommenden Woche in Washington in Begleitung von Kerry auf der palästinensischen Seite von dem mit allen diplomatischen Tricks vertrauten Chefunterhändler Saeb Erakat geführt werden sollen, steht die israelische Delegation unter Leitung

von Tsipi Livni, deren Justizministerium in der Ost-Jerusalemmer Salah E-Din-Straße liegt.

Kerrys Pendeldiplomatie ist der Nachteil anzumerken, dass er sich in einem machtpolitisch asymmetrischen Feld bewegt. Bei Henry Kissingers Reisetourismus zwischen Jerusalem, Kairo und Damaskus 1974/75 für ein Truppenentflechtungsabkommen im Sinai und auf den Golanhöhen war die nationale Souveränität der Parteien unstrittig. Deshalb scheitert auch die Übertragung des Helsinki-Prozesses auf den Konflikt. Kerrys vergebliches Bemühen um Vertrauensbildung zwischen Israelis und Palästinensern sieht sich trotz aller Dementis außerdem dem Vorwurf ausgesetzt, dass er dem politischen Prozess absolute Priorität einräumen will, aber den Palästinensern konkret nur die weitere Unterstützung für den massiven Abbau der Arbeitslosigkeit und für die Verdoppelung des Bruttosozialprodukts in den kommenden drei Jahren anbieten kann.

#### Klimawandel in Zeiten der zementierten Unebenbürtigkeit?

Die zementierte Unebenbürtigkeit seit den Osloer Vereinbarungen findet eine Fortsetzung. Denn nach allem, was bislang auf der Ankündigung neuer Verhandlungen in einigen Wochen bekannt geworden ist, soll Kerry zugesagt haben, dass Netanjahu und Abbas öffentlich ihre Einwände zu Protokoll geben können: eine Rückkehr zu den Grenzlinien vor 1967 komme nicht in Frage, und die Anerkennung Israels als jüdischer Staat sei ausgeschlossen. Wenn der Chef des State Department also glauben sollte, Israelis und Palästinenser jetzt auf einen Verhandlungsrahmen festgelegt zu habe, hat er auf beiden Seiten schlechte Karten.

In Amman hat Kerry bedauert, dass es für Nahost-Prognostiker am leichtesten sei, eine Sackgasse vorherzusagen – was er nachvollziehen könne. Wenn ihm wie seinen Amtsvorgängern der

Erfolg versagt bleibt, sind seine Autorität und die des Präsidenten nach der diplomatischen Energieleistung der sechsfachen Pendeldiplomatie beschädigt. Der Durchbruch wäre eine Riesenüberraschung.

Wenn die Bundesregierung Wort halten will, so ist sie jetzt gefordert, Kerrys Grundlegungen aktiv zu unterstützen. Mit der Direktive aus Brüssel vom 28. Juni naht auch die Stunde der Europäer, eine unmissverständliche Richtung auf dem Weg zum Frieden zwischen beiden Völkern einzuschlagen.

-----